



„Einführung der ePA für alle muss verschoben werden“

KVen gehen auf die Barrikaden – KZVB schließt sich Forderungen an

Seit 15. Januar wird die elektronische Patientenakte (ePA) in den Modellregionen Franken, Hamburg und Nordrhein-Westfalen getestet – viel zu kurz für den geplanten bundesweiten Roll-out Anfang April, sagen neben der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) auch die zuständigen Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) Bayerns, Hamburg, Nordrhein und Westfalen. In einem offenen Brief an das Bundesgesundheitsministerium (BMG) appellieren sie einstimmig für klare Qualitätskriterien und eine generelle Verschiebung. Das „Ärzteblatt“ hat die Argumente zusammengefasst.

Der bisherige Verlauf der ePA-Erprobung sei mehr als ernüchternd, ein wirksames Testen bislang kaum möglich gewesen, heißt es in dem Schreiben an das BMG fünf Wochen nach Start der Pilotphase. Fehlende technische Voraussetzungen oder Komplikationen seien an der Tagesordnung. Eigentlich habe man den Behandlungskontext in den Praxen testen sollen und wollen, doch letztlich sei es bis dahin immer wieder um die generelle technische Machbarkeit gegangen. Nur wenige Praxen wären bisher in der Lage gewesen, die ePA überhaupt zu befüllen. Allein schon beim Zugriff auf die entsprechenden Aktensysteme hätten die Her-

steller der Praxisverwaltungssysteme und die Softwareunternehmen der Aktensysteme nachbessern müssen.

Probleme bestünden auch bei der E-Medikationsliste, denn die enthaltenen Daten würden zum Teil gar nicht oder nur unvollständig übertragen, heißt es weiter. Auch gebe es einen erhöhten Beratungsbedarf im Arzt-Patienten-Verhältnis. Darüber hinaus könnte ein Drittel der Praxen die ePA auch nicht testen, denn das notwendige Modul sei noch nicht verfügbar. Tatsächlich habe bisher nur ein Viertel der beteiligten Praxen ein ePA-Modul, das ohne größere Fehler funktioniere.

Die Vorstände der Kassenärztlichen Vereinigungen der Testregionen sind mehr als skeptisch: „Wir sind froh, dass die Schwierigkeiten jetzt auftreten ... Wir wollen die technischen und organisatorischen Probleme klar identifizieren, damit diese vor einem bundesweiten Roll-out beseitigt werden“, zitiert das „Ärzteblatt“ den stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der KV Westfalen-Lippe, Volker Schrage. Für eine fundierte Bewertung müsse man noch weit mehr Erfahrungen sammeln. Ein deutschlandweiter Roll-out könne bei einem derartigen Projekt nicht auf Basis vereinzelter Erfahrungen und nur fragmentarischer Testung starten“, so auch